

# Positionspapier der Mercosur-Koalition

## Einleitung

Seit Juni 2017 verhandelt die Schweiz im Rahmen der EFTA über ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay). Die Schweizer Exportwirtschaft erhofft sich dadurch einen besseren Zugang zu den Märkten in Südamerika. Das Abkommen hat jedoch auch Auswirkungen einerseits auf Bauernfamilien und Umwelt in den Mercosur-Staaten andererseits auf die Schweizer Landwirtschaft, die Arbeitsplätze im Ernährungssektor sowie auf die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten.

Damit diese Auswirkungen in Politik und Öffentlichkeit thematisiert und vernünftige Lösungen diskutiert werden, haben verschiedene Organisationen die Mercosur-Koalition gegründet. Mitglieder der Koalition sind: SWISSAID, Alliance Sud, Schweizer Bauernverband SBV, Fédération romande des consommateurs FRC, Schweizer Tierschutz STS, Public Eye, Brot für alle und Uniterre.

Die Mercosur-Koalition stellt sich nicht per se gegen ein Freihandelsabkommen, fordert jedoch, dass darin konkrete und verbindliche Nachhaltigkeitskriterien verankert werden.

## Forderungen der Mercosur-Koalition

### I. Internationale Verpflichtungen und Verfassungsaufträge

Die Schweiz muss ihre Verantwortung wahrnehmen und negative Auswirkungen von Handelsabkommen auf Mensch, Tier und Umwelt vermeiden (gemäss ihren Verpflichtungen im Rahmen der SDG, relevanter Völkerrechtsverträge (einschliesslich der UN-Declaration on the rights of peasants) sowie dem Verfassungsartikel 104a, Buchstabe d).

### II. Nachhaltigkeitsanalyse

Der Bundesrat muss eine ex ante Nachhaltigkeitsanalyse zu den Auswirkungen des Freihandelsabkommen bei einer unabhängigen, international akkreditierten Stelle in Auftrag geben. Mit dieser Berichterstattung sollen soziale, menschenrechtliche, ökologische, konsumenten- und tierschützerische Risiken bereits im Voraus identifiziert und Massnahmen zur Vermeidung getroffen werden. Folgende Aspekte müssen beleuchtet werden:

- Die Transparenz und die Partizipation der betroffenen Bevölkerung im Rahmen der Verhandlungen
- Die Identifikation der Gewinner und Verlierer des Abkommens.
- Die Auswirkungen auf die Menschenrechte (Recht auf Nahrung, Recht auf Gesundheit usw.)
- Die Auswirkungen der industriellen Soja- und Fleischproduktion auf die Rechte der Kleinbäuerinnen und –bauern, der indigenen Bevölkerung und der Arbeitnehmenden.
- Die Auswirkungen der Fleischproduktion hinsichtlich Tierwohl, Tiergesundheit und der Umwelt (Waldrodungen, Verlust der Biodiversität usw.)
- Die Auswirkungen des liberalisierten Marktes auf die Anzahl Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen (mögliche Verdrängung lokaler Produktion, Verlagerung von Arbeitsplätzen) sowie auf die soziale Ungleichheit in den Mercosur-Staaten.
- Die Auswirkungen des Verlusts von Zolleinnahmen auf die Staatshaushalte der Mercosur-Länder
- Die Auswirkungen des Zugangs von Firmen aus EFTA-Staaten zu den Ausschreibungen der öffentlichen Hand
- Die Auswirkungen der Forderungen nach strengeren geistigen Eigentumsrechten auf den Zugang zu Saatgut und Medikamenten
- Die Auswirkungen hinsichtlich Lebensmittelsicherheit sowie der Lebensmittelpreise in der Schweiz (die Hypothese, dass die Konsumentenpreise in der Schweiz sinken würden, muss durch eine unabhängige Analyse nachgewiesen werden.)

### III. Rote Linie für ein Freihandelsabkommen

Ein allfälliges Freihandelsabkommen kann die Koalition nur unterstützen, wenn folgende Minimalanforderungen erfüllt sind:

- Das Abkommen muss ein verbindliches Nachhaltigkeitskapitel beinhalten, welches die konkrete Umsetzung der SDG, relevanter Völkerrechtsverträge (einschliesslich der UN-Declaration on the rights of peasants, internationaler Arbeits- (z.B. ILO-Konventionen), Umwelt und Menschenrechtsnormen) sowie den Verfassungsartikel 104a, Buchstabe d sicherstellt. Dieses Kapitel muss folgende Bedingungen erfüllen:
  - a. ambitionierte und messbare Ziele
  - b. effektive Kontrollmechanismen
  - c. verbindliche Sanktionsmechanismen
- Verzicht auf Forderungen zu Sortenschutzrechten (z.B. UPOV 91) in den Mercosur-Staaten
- Weiterhin ausschliessliche Einfuhr von GVO-freiem Soja in die Schweiz.
- Konzessionen bei sensiblen Landwirtschaftsprodukten nur innerhalb der WTO-Kontingente
- Fleisch-Importe müssen folgende Bedingung erfüllen: keine Leistungs- und Wachstumsförderer in der Fütterung, kein Fleisch von Nachkommen geklonter Tiere, Einhaltung Schweizer Lebensmittelsicherheitsstandards.
- Um das Vorsorgeprinzip und den Konsumentenschutz zu gewährleisten (s. Gammelfleisch Skandal), muss die Rückverfolgbarkeit der Produkte durch strengere Kontrollen sichergestellt und die Kennzeichnung der Produktionsbedingungen verbessert werden.

## Die Hintergründe

### Nachhaltige Entwicklung in den Mercosur-Ländern

#### Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit

Die Mercosur-Staaten dienen als Beispiel, wie der internationale Wettstreit um Export-Marktanteile bei Nahrungs- und Futtermitteln ein wechselseitiges Hochschaukeln von nicht nachhaltigem, industriellem Ackerbau und einer intensiven Fleischproduktion auslöst. Diese Produktionsmethoden sind kurzfristig konkurrenzlos billig, sodass bäuerliche Familienbetriebe vom Markt verdrängt werden. Von den Exportbedingungen eines Freihandelsabkommens würden in den Mercosur-Staaten vor allem Agrar-Grosskonzerne profitieren, die Agrarrohstoffe, namentlich Soja und Rindfleisch, nach Europa exportieren.<sup>1</sup> Diese stark industrialisierte Landwirtschaft wirkt sich nachteilig auf Mensch und Umwelt aus. Bäuerinnen und Bauern sowie die indigene Bevölkerung profitieren meistens nicht von einem Freihandelsabkommen, im Gegenteil, die zunehmenden Exporte verschärfen ihre Situation:

**Futtermittel statt Grundnahrungsmittel:** Auf vielen Flächen, die bisher dem Anbau von Grundnahrungsmitteln wie Bohnen und Reis für den lokalen Markt dienten, wachsen heute Soja und Mais als Futtermittel für die Schweine-, Rinder- und Geflügelmast. Die Tiermast wird dadurch zum direkten Konkurrenten der menschlichen Ernährung. Auch Zuckerrohr zur Produktion von Agrotreibstoffen oder Eukalyptus für die Zelluloseindustrie werden angebaut. Dies wirkt sich negativ auf die Ernährungssicherheit der Bevölkerung aus. Auch werden mit der industriellen Produktion lokale Märkte zerstört und damit die Ernährungssouveränität der lokalen Bevölkerung gefährdet.

---

<sup>1</sup> Quelle: Alliance Sud: <https://blogs.letemps.ch/isolda-agazzi/2018/02/21/a-qui-profite-laccord-de-libre-echange-avec-le-mercotur/>

**Vertreibung von Kleinbauernfamilien und Verletzung von Menschenrechten:** Die Exportnachfrage nach Fleisch heizt die Bodenspekulation in den Mercosur-Staaten weiter an. Land wird häufig an Grosskonzerne vergeben oder illegal besetzt. Das kann Landvertreibungen der Kleinbauern und indigenen Gemeinschaften zur Folge haben und damit die Zerstörung ihrer Existenzgrundlage.<sup>2</sup> Wer sich gegen die industrielle Landwirtschaft zur Wehr setzt, lebt gefährlich – immer wieder werden Aktivist\*innen ermordet. Beim Abkommen mit den Mercosur-Staaten geht es deshalb auch um die Verletzungen von Menschenrechten.<sup>3</sup> Auf vielen Farmen und Schlachthöfen gibt es zudem Verstösse gegen die Arbeitsrechte, bis hin zu sklavenähnlichen Beschäftigungsverhältnissen.

**Geistiges Eigentum und der Zugang zu Saatgut:** Freihandelsabkommen werden häufig dazu genutzt den Schutz des geistigen Eigentums über das TRIPS-Abkommen der WTO hinaus zu verschärfen und die Länder im Süden zu zwingen das Sortenschutzabkommen nach UPOV (Union for the Protection of New Varieties of Plants) 1991 zu anerkennen. Dieses schränkt die Rechte der Bäuerinnen und Bauern gegenüber den kommerziellen Saatgutfirmen ein. Dies führt zur Privatisierung von Saatgut in Ländern, in denen GVO bereits weit verbreitet sind. Die Benachteiligung des bäuerlichen Saatguts schränkt die Nutzpflanzenvielfalt ein, was sich insbesondere aufgrund des Klimawandels problematisch auf die Ernährungssicherheit auswirken kann.

## Auswirkungen auf die Industrie und Arbeitsplätze

In den Mercosur-Ländern konnten ProduzentInnen-Vereinigungen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, soziale Bewegungen, PolitikerInnen und ParlamentarierInnen die Unterzeichnung von für den Mercosur nachteiligen Freihandelsabkommen (mit der EU und der EFTA) vorerst verhindern. Im Vordergrund stehen zur Hauptsache die folgenden Befürchtungen:

- Die Verhandlungen sind nicht transparent.
- Es liegen keine Wirkungsanalysen für die sensiblen Sektoren vor, welche es ermöglicht hätten, die erforderlichen Massnahmen zum Schutz der Produktion sowie Begleitmassnahmen für verlagerte und veränderte Arbeitsplätze zu evaluieren.
- Der geplante Abbau von Zöllen ist zu drastisch und zu kurzfristig und droht, die entwicklungsfördernde Industrie- und Handelspolitik der Mercosur-Länder zu zerschlagen. Die einheimische Industrie ist nicht wettbewerbsfähig genug, um den Importen aus der EU und der Schweiz, welche mit dem Abkommen billiger würden, die Stirn zu bieten. Momentan liegen die Zölle im Mercosur-Raum durchschnittlich bei 7%; in einigen Fällen betragen sie aber bis zu 35%. In Argentinien beispielsweise würde sich dies negativ auf die Binnenproduktion allgemein und auf bestimmte strategische Sektoren, wie den See- und Binnenschiffsverkehr, das öffentliche Beschaffungswesen, die Medizinaltechnik, die Automobilindustrie und die regionale Wirtschaft auswirken.
- Die Schutz- und Fördermassnahmen für die KMU sind ungenügend.
- Allein in Argentinien wären durch das Abkommen mit der EU 186'000 Stellen in der Industrie bedroht. Das Freihandelsabkommen brächte einen Souveränitätsverlust und wäre eine Bedrohung für die Märkte innerhalb des Mercosur.
- Die Einführung von flexiblen Ursprungsregeln könnte eine Verlagerung der Produktion in Drittländer, in denen die Arbeitsrechte nicht eingehalten werden, nach sich ziehen.
- Durch die Liberalisierung strategischer Dienstleistungen, darunter auch der service public, würde die entwicklungsfördernde Rolle des Staates gefährdet.
- Strengere geistige Eigentumsrechte würden die Vermarktung von Generika zeitaufwändiger, schwieriger und kostspieliger machen.
- Die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens stellt ein weiteres Problem dar: Die europäischen und schweizerischen Unternehmen hätten Zugang zu den Ausschreibungen des öffentlichen Beschaffungswesens, da EU und EFTA bestrebt sind, die Regeln des plurilateralen WTO-Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen in die Freihandelsabkommen zu übernehmen. Kein Mercosur-Land hat dieses WTO-Abkommen bisher unterzeichnet. Das Ergebnis wäre ein Souveränitätsverlust dieser Staaten in strategischen Sektoren von vitalem Interesse. Dies gilt auch für die Liberalisierung staatlicher Unternehmen, die gezwungen wären, sich dem ausländischen Wettbewerb zu öffnen und wie Privatunternehmen agieren müssten, ohne weiterhin die staatlichen Regulierungsfunktionen ausüben zu können.

---

<sup>2</sup> Quelle: «Warnruf aus dem Süden» WOZ Artikel von Bettina Dyttrich, 1. März 2018

<sup>3</sup> Quelle: Heinrich Böll Stiftung, Michael Briefs, November 2017

## Die Konsumenten wollen keine zweifelhaften Produkte auf dem Teller

*Für die Schweizer Konsumenten zeigen die jüngsten Skandale um Produkte aus den Mercosur-Ländern, dass Vorsicht geboten ist und dass notwendige Schutzmassnahmen – insbesondere in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung – geschaffen werden müssen, um die nötige Transparenz zu gewährleisten. Die Klauseln des Abkommens müssen auch den Erwartungen der Konsumenten in Bezug auf Nachhaltigkeit und Tierschutz entsprechen. Sie dürfen die Schweizer Landwirtschaft nicht gefährden, damit weiterhin regionale Produkte erhältlich sind. Ausserdem müssen die angeblich positiven Auswirkungen des Abkommens auf die Konsumpreise noch bewiesen werden.*

### Lebensmittelsicherheit, Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung

Die Schweiz importiert bereits Lebensmittel aus den Mercosur-Ländern, insbesondere Geflügel (37% stammt aus Brasilien<sup>4</sup>) und Rindfleisch (Anteil von 15% der Importe). Aber wie der Skandal um das verdorbene Fleisch aus Brasilien im März 2017 zeigte<sup>5</sup>, sind die Kontrollen nicht gleich streng wie in der Schweiz. Darüber hinaus sind einige Verfahren, die in unserer Landwirtschaft verboten sind, wie die Verwendung von Beta-Agonisten (Ractopamin) oder antimikrobieller Leistungsförderer (Antibiotika) oder das Klonen zur Optimierung der Nutztiere<sup>6</sup>, in der intensiven Tierhaltung üblich. Aus diesem Grund müssen die Bestimmungen des Freihandelsabkommens die Rückverfolgbarkeit und Transparenz der Produkte unbedingt verbessern. Dies wird durch strengere Kontrollen – um die Einhaltung der Schweizer Lebensmittelsicherheitsstandards zu gewährleisten – und durch eine systematische Kennzeichnung mit allen relevanten Informationen über Herkunft und Produktionsbedingungen erreicht. Dies soll für frisches wie auch für verarbeitetes Fleisch gelten.

### Die Erwartungen der Konsumenten respektieren

Gemäss einer Studie der Fachhochschule Luzern<sup>7</sup> wünschen sich 83% der Bevölkerung naturnahe Lebensmittel und 72% legen grossen Wert auf hohe Tierschutzstandards. Die in den Mercosur-Ländern immer zahlreicher werdenden industriellen Mastbetriebe von Tausenden mit GVO-Soja gefütterten Tieren, entsprechen daher keineswegs den Wünschen der Schweizer Konsumenten. Wenn solche Produkte dann das Fleisch, das den Schweizer Produktionsstandards entspricht, vom Markt verdrängen oder wenn die Schweizer Landwirte aufgrund des Preisdrucks dazu gebracht werden, gute Praktiken aufzugeben (z. B. den Verzicht auf GVO-Futter), dann bedeutet das einen Qualitätsverlust für die Konsumenten. Da zudem fast die Hälfte des Fleisches in der Schweiz im Restaurant gegessen wird<sup>8</sup>, reicht die Kennzeichnung im Laden allein nicht aus. Daher ist es notwendig, dass das Abkommen dazu beiträgt, dass keine unerwünschten Lebensmittel auf den Tellern der Konsumenten landen.

### Preise

Die Beseitigung von Handelshemmnissen bringt nicht immer die verheissenen Vorteile für die Konsumenten: Entweder sinken die Preise nicht – wie im Falle von Cassis de Dijon<sup>9</sup> – oder die Detailhändler geben Preissenkungen nicht weiter. Die Vorhersage von *economiesuisse*, dass die Schweizer Konsumenten dank dieses Abkommens von günstigeren Preisen profitieren würden<sup>10</sup>, ist daher ernsthaft in Frage zu stellen. Deshalb sollte der Bund eine gründliche Analyse durchführen, um die Gewinner und Verlierer eines möglichen Abkommens konsequent beurteilen zu können. Wie von der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates gefordert, sollte sich die Beurteilung der Auswirkungen des FHA nicht auf eine Schätzung der möglichen Einsparungen bei den Zöllen für die Schweizer Exportwirtschaft und die Landwirtschaft beschränken, wie dies in der Regel der Fall ist<sup>11</sup>. Sie sollte auch die Auswirkungen auf die Konsumenten (Schutz, Preis, Qualität usw.) und auf die Wirtschaft im Allgemeinen berücksichtigen. Damit das Abkommen akzeptabel ist, müssen die positiven Auswirkungen klar bewiesen werden.

---

<sup>4</sup> Agrarbericht 2017, <http://2017.agrarbericht.ch/de/markt/tierische-produkte/fleisch-und-eier>

<sup>5</sup> *La viande brésilienne sous le coup d'un embargo*, Le Temps, 20. März 2017

<sup>6</sup> *De la viande clonée dans nos assiettes?*, Tribune de Genève, 4. Juli 2016

<sup>7</sup> *Die Erwartungen der schweizerischen Bevölkerung an die Landwirtschaft*, Studie der Hochschule Luzern zuhanden des Bundesamtes für Landwirtschaft BLW, August 2015

<sup>8</sup> *Schweizer Tourismus in Zahlen 2017*, Schweizer Tourismus-Verband (STV), 2018, Seite 29

<sup>9</sup> Während der Bundesrat eine Senkung der Preise für Importprodukte um 10% oder CHF 2 Milliarden erwartete, waren letztendlich keine Auswirkungen spürbar. Siehe: *Baisse des prix : Le «Cassis de Dijon» débarque en 2010*, Le Temps, 14. Oktober 2009

<sup>10</sup> *Neues FHA mit Mercosur: Bundesrat und Unternehmer waren vor Ort*, Website von *economiesuisse* abgerufen am 26.07.2018

<sup>11</sup> *Auswirkungen von Freihandelsabkommen – Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates*, 4. Juli 2017

## Umweltprobleme in den Mercosur-Staaten

Die Landwirtschaft und veränderte Landnutzung verursachen über 30 % der Klimagasemissionen weltweit. Dazu tragen vor allem Waldrodungen, die intensive Nutzung fossiler Brennstoffe, Kunstdünger und chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel sowie die hohen Tierbestände bei. Rechnet man, die in der industriellen Landwirtschaft übliche Verarbeitung, Transport und Kühlung hinzu, kann dieser Wert sogar auf 40 % ansteigen<sup>12</sup>.

### Situation in den Mercosur-Staaten

Aufgrund der weltweit grossen Nachfrage stieg die Rindfleischproduktion in den Mercosur-Staaten in den letzten Jahren stark an. Brasilien beispielsweise erhöhte seine Rindfleischproduktion seit 2004 um 700 %. Dafür wurden bereits über 600'000 km<sup>2</sup> (Fläche von Frankreich) Regenwald abgeholzt. Auch die Savannenregion Cerrado ist stark betroffen. Argentinien wiederum plant die Rodung von 100'000 km<sup>2</sup> (mehr als die Fläche Österreichs) Waldland in der Gran-Chaco-Region.<sup>13</sup>

Bei Rodungen von Regenwald und dem anschliessenden Monokultur-Ackerbau werden sehr hohe Mengen an CO<sub>2</sub> freigesetzt. Auch die Umwandlung von Trockensavanne in Ackerland bewirkt die Freisetzung des im Boden gebundenen CO<sub>2</sub> mit grossen Auswirkungen auf den Klimawandel.

Zudem wird das Wasserspeichervermögen durch die Vernichtung des Baumbestandes und des intensiven Ackerbaus gesenkt, Erosionen und Wassermangel sind die Folgen. Auch der Verlust der Biodiversität ist enorm. Selbst bei einer nachhaltigen Bewirtschaftung ist der Erhalt der fruchtbaren Humusschicht eine Daueraufgabe. Mit den intensiven Monokulturen-Anbaumethoden werden die Böden mittelfristig unfruchtbar.<sup>14</sup>

### Chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und GVO-Saatgut

Die grossflächigen Monokulturen lassen Böden erodieren, Wasserquellen versiegen und benötigen hohe Mengen an Kunstdünger und chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln. Brasiliens Pflanzenschutzmittelverbrauch entspricht einem Fünftel der weltweit eingesetzten Pflanzenschutzmittel und ist ungefähr drei- bis viermal so hoch wie in Europa. Auch hierzulande längst verbotene Produkte werden eingesetzt und beeinträchtigen die Boden- und Wasserqualität sowie die Gesundheit der Menschen<sup>15</sup>. Von den 250'000 km<sup>2</sup> Sojaanbaufläche sind zudem in Brasilien 96 % gentechnisch verändert.

### Mangelnde Gesetzgebung in den Mercosur-Staaten

Im Gegensatz zur Schweiz ist die die Landwirtschaft betreffende Umweltschutzgesetzgebung der Mercosur-Staaten unterentwickelt. Eine Feedlot-Haltung wäre in der Schweiz nur schon aus Gründen des Gewässerschutzes verboten, ebenso der intensive Ackerbau ohne ÖLN-Vorgaben sowie das Ausbringen hoher Mengen an chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel wie etwa Glyphosat.<sup>16</sup> Die grossräumigen Monokulturen von Weizen, Mais, Soja, Zuckerrohr etc. sind bezüglich Biodiversität praktisch nutzlos und verdrängen Flora und Fauna aus ganzen Landstrichen. Da der Ackerbau oftmals wenig nachhaltig betrieben wird, ist die Erosion, also das Abtragen der ungeschützten, fruchtbaren Erdschichten durch Wind und Wasser, ein grosses Thema.<sup>17</sup>

Mit den Freihandelsabkommen zwischen den Mercosur-Staaten und der EU und/oder den EFTA-Staaten verschärfen sich die Probleme, aufgrund der noch höheren Nachfrage nach Fleisch.

---

<sup>12</sup> [https://www.weltagrarbericht.de/fileadmin/files/weltagrarbericht/Neuaufgabe/WegeausderHungerkrise\\_klein.pdf](https://www.weltagrarbericht.de/fileadmin/files/weltagrarbericht/Neuaufgabe/WegeausderHungerkrise_klein.pdf)

<sup>13</sup> Quelle: Freihandelsabkommen Schweiz-Mercosur, Bewertung aus Sicht des Tierschutzes, Schweizer Tierschutz STS, 2018

<sup>14</sup> Quelle: Freihandelsabkommen Schweiz-Mercosur, Bewertung aus Sicht des Tierschutzes, Schweizer Tierschutz STS, 2018

<sup>15</sup> Quelle: «Das EU-Mercosur-Abkommen auf dem Prüfstand», Fritz T., MISEREOR 2017.

<sup>16</sup> Quelle: Freihandelsabkommen Schweiz-Mercosur, Bewertung aus Sicht des Tierschutzes, Schweizer Tierschutz STS, 2018

<sup>17</sup> Quelle: Freihandelsabkommen Schweiz-Mercosur, Bewertung aus Sicht des Tierschutzes, Schweizer Tierschutz STS, 2018

## Tierschutz in den Mercosur-Staaten

Im Gegensatz zur Schweiz verfügen die Tierschutzgesetzgebungen der Mercosur-Staaten nicht über detaillierte, konkrete und umfassende Vorschriften zur Haltung von Tieren der Rinder- und Schweinegattung sowie Geflügel. Das Gros der in der Schweiz verbotenen Tierquälereien, wie dauernde Anbindehaltung, Kastenstände, Vollspaltenböden, Käfighaltung, das Kastrieren ohne Narkose und Schmerzausschaltung, Transporte über sechs Stunden Fahrtzeit etc. sind legal. Das Wissen um die wenigen vorhandenen Vorschriften ist gering und es finden keine regelmässigen Tierschutzkontrollen statt. Es gibt keine Beschränkung der Tierzahlen pro Stall oder Betrieb wie in der Schweiz, sodass Massentierhaltung in der Geflügel- und Rindermast eher die Regel als die Ausnahme ist. Artwidrige Futterrationen, z. B. Getreidemast in Feedlots, sind ebenso zulässig wie der Einsatz von AML (antimikrobielle Leistungsförderer) und z.T. auch Hormonen (z.B. Schweinemast) zur Leistungssteigerung sowie gentechnisch veränderte Futtermittel. Die Transporte sind vielfach extrem lang, sodass die Tiere unter belastenden Klima- und Witterungsbedingungen, schlechten Strassen und ungeeigneten Camions leiden. In den Schlachthöfen sind z. T. Betäubungsmethoden zugelassen, die in der Schweiz verboten sind.<sup>18</sup>

### Beispiel Rindfleischproduktion in Argentinien

Traditionellerweise verbrachten Rinder die ersten 4 – 7 Lebensmonate meistens auf grossen Weiden in Mutterkuhhaltung. Heute kommt die Hälfte der Tiere mit rund 200 kg Lebendgewicht zur etwa dreimonatigen Ausmast in einen Feedlot. Dort stehen tausende bis zehntausende Rinder in eingezäunten Parzellen auf engstem Raum im Matsch, kein Halm auf dem Boden, kein Dach gegen Regen oder Sonne. Das Futter entspricht nicht den Bedürfnissen von Rindern, sondern ist stark kraftfutterlastig. Diese widernatürliche Turbo-Kraftfuttermast ist nicht nur tierschutzrelevant (Tiergesundheit!), sondern im Vergleich etwa zur Schweine- oder Geflügelmast extrem ineffizient. Für 1 kg Zuwachs werden 6 kg und mehr Kraftfutter (Getreide, Mais) benötigt, während es beim Schwein 2,6 kg und beim Masthuhn gar nur 1,6 kg sind. Zur Leistungssteigerung wird AML eingesetzt. Mit rund 350 Kilo werden die Jungtiere in den Schlachthof geliefert.

Die frühere Weidehaltung in der Feuchtpampa wird wegen der steigenden Nachfrage nach Fleisch und Futtermitteln durch den intensiven Ackerbau verdrängt. Die verbliebenen Weideflächen werden umso intensiver genutzt, was mittelfristig Böden und Umwelt schaden könnte. Das Fleisch von Rindern aus der traditionellen, extensiven Weidemast, bei der die Tiere rund zwei Jahre grasen dürfen, wird zur Mangelware und ist primär für den Export bestimmt. Bäuerliche Familienbetriebe haben in Argentinien beim Trend zum Ackerbau wenig Chancen. Der Strukturwandel ist extrem hoch; innert 25 Jahren haben über 150 000 Betriebe aufgegeben. Die 200 – 300 grössten Sojaproduzenten Argentiniens bewirtschaften heute Flächen von z. T. 100 000 Hektar und mehr.<sup>19</sup>

### Tiefe Preise, hohe Kosten

Die Einkaufspreise sind in den Mercosur-Staaten zwar sensationell tief aber das Risiko hinsichtlich Konsumenten-, Umwelt- und Tierschutz ist extrem hoch. Durch das Überhandnehmen der Feedlot-Intensivmast in Brasilien und Argentinien verschlechtert sich die Fleischqualität. Das einstmals hochgelobte Beef von auf der Pampa weidenden, langsam wachsenden Rindern gehört mehr und mehr der Vergangenheit an. Kein Wunder schneidet bei Blinddegustationen Schweizer Rindfleisch mittlerweile oft besser ab als Überseeware.

---

<sup>18</sup> Quelle: Freihandelsabkommen Schweiz-Mercosur, Bewertung aus Sicht des Tierschutzes, Schweizer Tierschutz STS, 2018

<sup>19</sup> Quelle: Freihandelsabkommen Schweiz-Mercosur, Bewertung aus Sicht des Tierschutzes, Schweizer Tierschutz STS, 2018

## Auswirkungen auf die Schweizer Landwirtschaft

Ernährungssicherheit mit gesunden Lebensmitteln aus der Nähe ist eine wertvolle Errungenschaft der Schweiz. Im freien Weltmarkt sieht es weniger rosig aus. Dort wird in einem erbitterten Konkurrenzkampf um Marktanteile gerungen. Dollar pro Tonne ist das Mass, Gewinnerfolg die Tugend. Mensch, Umwelt und Gesundheit bleiben oft auf der Strecke. Der globalisierte Agrarhandel und der damit verbundene Preisdruck führen in der Landwirtschaft weltweit zu unhaltbaren Zuständen. In diesem System reüssieren nicht etwa die Besten, sondern die Billigsten.

Die Folgen zeigten sich jüngst in Brasilien, dem bedeutendsten Fleischexportland der Welt. Die grossen Verarbeitungsbetriebe exportierten „Gammelfleisch“ um im globalen Preiskampf mitzuhalten. Staatliche Kontrollen erliegen der Korruption. Im Gegensatz zu Brasilien hat die Schweizer Fleischbranche viel in die Rückverfolgbarkeit investiert und setzt auf hohe Standards und Transparenz. Sie kommuniziert die Mehrwerte erfolgreich. Dank dieser Bemühungen haben die Konsumenten heute grosses Vertrauen in Schweizer Lebensmittel, welche für Qualität und Glaubwürdigkeit stehen. Allerdings ist eine sorgfältige, nachhaltige Produktion mit Aufwand verbunden. Daher kostet Qualitätsfleisch mehr als Massenware. Um die Preisdifferenz gegenüber Importen im Rahmen zu halten, ist der heutige Grenzschutz unabdingbar.

Obwohl die vier Mercosur-Staaten Schwellen- oder Entwicklungsländer sind, verfügen sie über einen hochindustrialisierten und äusserst wettbewerbsfähigen Agrarsektor. Die südamerikanische Freihandelszone zählt zu den grössten Agrarexportregionen der Welt. Ein Abkommen kommt daher nur zustande, wenn die Schweiz die Grenze für Lebensmittelimporte öffnet.

Damit würde die Schweiz die industrielle Produktion im Ausland noch mehr fördern was im Widerspruch zur Schweizer Agrarpolitik und dem neuen Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit steht. Es ist utopisch, hierzulande von der Landwirtschaft Multifunktionalität und Nachhaltigkeit einzufordern und sie gleichzeitig dem globalen Wettbewerb auszusetzen. Zwingend müssen daher in Handelsabkommen die sensiblen Produkte ausgenommen werden. Die Importe sollen punkto Sicherheit und Nachhaltigkeit gewisse Mindestanforderungen nachweislich erfüllen. Kann der Verhandlungspartner damit nicht leben, gibt es auch kein Abkommen. Denn eine nachhaltige Landwirtschaft ist zu Weltmarktpreisen nicht zu haben.

Eine Untersuchung der Warenflüsse kommt zum Schluss, dass bei einer vollständigen Marktöffnung bei fast allen Segmenten starker Druck auf die Produzentenpreise zu erwarten ist. Bei denjenigen Produkten, die vorwiegend verarbeitet konsumiert werden und deren Alleinstellungsmerkmale dem Kunden so weniger kommuniziert werden können, wie Zucker oder Getreide, ist das Risiko der Substitution durch ausländische Produkte am grössten. Problematisch sind jedoch auch Rind- und Pouletfleisch, weil dort die Anforderungen an die Tierhaltung in der Schweiz hoch sind und entsprechend hohe Kosten mit sich bringen. Im Pflanzenbau sind schliesslich auch Öle, gewisse Früchte und Gemüse sensibel. Zunehmend wird hochwertige Frischware per Flugzeug importiert, wie etwa Rindsfilets, Heidel- und Erdbeeren, Naschgemüse, Spargeln, etc. Als Folge davon geraten jene Schweizer Produkte unter Preisdruck, welche bisher eine hohe Wertschöpfung garantierten.

Die Schweiz importiert 50 Prozent des Lebensmittelkonsums, die Hälfte davon zollfrei, der Rest mit einem Durchschnittszoll von 6 Prozent. Aus Sicht der Ernährungssicherheit ist die hohe Importabhängigkeit problematisch. Um den heutigen Inlandanteil zu halten, ist eine Importsteuerung unabdingbar. Dies gilt insbesondere für sensible Produkte, wo wir ein effizientes, marktorientiertes System mit Kontingenten und Zöllen haben. Diese teils hohen Zölle sind in Verhandlungen eine Herausforderung. Jedoch verfügt die Schweiz mit ihrem hohen Importanteil und der hohen Kaufkraft über einen interessanten Absatzmarkt und damit über eine bedeutende Verhandlungsmasse.

Die Schweizer Bauern sind nicht gegen Freihandelsabkommen, im Gegenteil. Sie wollen auch eine starke Wirtschaft. Sie haben daher allen bisherigen Abkommen zugestimmt, weil ihre rote Linie nicht überschritten wurde. Die Vergangenheit hat also gezeigt, dass Verhandlungsergebnisse möglich sind ohne die Schweizer Landwirtschaft zu opfern und tausenden von Bauernfamilien die Perspektiven zu nehmen. In diesem Sinne erwartet der SBV mit Zuversicht, dass der Bundesrat hart verhandelt und ein Abkommen anstrebt, welches die rote Linie respektiert.